

VERTRAG ÜBER DIE INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT AUF DEM GEBIET DES PATENTWESENS

Absender: MIT DER INTERNATIONALEN VORLÄUFIGEN
PRÜFUNG BEAUFTRAGTE BEHÖRDE

An:	PCT										
BRANSE, Hermann et al. DAIMLERCHRYSLER AG Intellectual Property IPM - C106 D-70546 Stuttgart ALLEMAGNE											
IPM/C <table border="1" style="margin-left: auto; margin-right: auto; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="padding: 2px;">Eing:</td> <td style="padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 2px;">BBH. 22. Sep. 2004</td> <td style="padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 2px;">z. Erledigung</td> <td style="padding: 2px; text-align: right;">5.10. / 5.11.04</td> </tr> <tr> <td style="padding: 2px;">Frist</td> <td style="padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 2px;">z. K.</td> <td style="padding: 2px;"></td> </tr> </table>		Eing:		BBH. 22. Sep. 2004		z. Erledigung	5.10. / 5.11.04	Frist		z. K.	
Eing:											
BBH. 22. Sep. 2004											
z. Erledigung	5.10. / 5.11.04										
Frist											
z. K.											
Absendedatum (Tag/Monat/Jahr) 21.09.2004											

SCHRIFTLICHER BESCHEID (Regel 66 PCT)

Aktenzeichen des Anmelders oder Anwalts P037560/WO/1		ANTWORT FÄLLIG innerhalb von 1 Monat(en) und 15 Tagen ab obigem Absendedatum	
Internationales Aktenzeichen PCT/EP 03/09095	Internationales Anmelde datum (Tag/Monat/Jahr) 16.08.2003	Prioritätsdatum (Tag/Monat/Jahr) 18.09.2002	
Internationale Patentklassifikation (IPK) oder nationale Klassifikation und IPK B60N2/56			
Anmelder DAIMLERCHRYSLER AG et al.			

<ol style="list-style-type: none"> 1. Dieser Bescheid ist der erste schriftliche Bescheid der mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde. 2. Dieser Bescheid enthält Angaben zu folgenden Punkten: <ul style="list-style-type: none"> I <input checked="" type="checkbox"/> Grundlage des Bescheids II <input type="checkbox"/> Priorität III <input type="checkbox"/> Keine Erstellung eines Gutachtens über Neuheit, erfinderische Tätigkeit und gewerbliche Anwendbarkeit IV <input type="checkbox"/> Mangelnde Einheitlichkeit der Erfindung V <input checked="" type="checkbox"/> Begründete Feststellung nach Regel 66.2 a)ii) hinsichtlich der Neuheit, der erfinderischen Tätigkeit und der gewerblichen Anwendbarkeit; Unterlagen und Erklärungen zur Stützung dieser Feststellung VI <input type="checkbox"/> Bestimmte angeführte Unterlagen VII <input type="checkbox"/> Bestimmte Mängel der internationalen Anmeldung VIII <input type="checkbox"/> Bestimmte Bemerkungen zur internationalen Anmeldung 3. Der Anmelder wird aufgefordert, zu diesem Bescheid Stellung zu nehmen. <table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 15%; vertical-align: top; padding-right: 10px;">Wann?</td> <td>Siehe oben genannte Frist. Der Anmelder kann vor Ablauf dieser Frist bei der Behörde eine Verlängerung beantragen, siehe Regel 66.2 d).</td> </tr> <tr> <td style="width: 15%; vertical-align: top; padding-right: 10px;">Wie?</td> <td>Durch Einreichung einer schriftlichen Stellungnahme und gegebenenfalls von Änderungen nach Regel 66.3. Zu Form und Sprache der Änderungen, siehe Regeln 66.8 und 66.9.</td> </tr> <tr> <td style="width: 15%; vertical-align: top; padding-right: 10px;">Dazu:</td> <td>Hinsichtlich einer zusätzlichen Möglichkeit zur Einreichung von Änderungen, siehe Regel 66.4. Hinsichtlich der Verpflichtung des Prüfers, Änderungen und/oder Gegenvorstellungen zu berücksichtigen, siehe Regel 66.4 bis. Hinsichtlich einer formlosen Erörterung mit dem Prüfer, siehe Regel 66.6.</td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="vertical-align: top; padding-top: 10px;">Wird keine Stellungnahme eingereicht, so wird der internationale vorläufige Prüfungsbericht auf der Grundlage dieses Bescheides erstellt.</td> </tr> </table> 4. Der Tag, an dem der internationale vorläufige Prüfungsbericht gemäß Regel 69.2 spätestens erstellt sein muß, ist der: 18.01.2005 		Wann?	Siehe oben genannte Frist. Der Anmelder kann vor Ablauf dieser Frist bei der Behörde eine Verlängerung beantragen, siehe Regel 66.2 d).	Wie?	Durch Einreichung einer schriftlichen Stellungnahme und gegebenenfalls von Änderungen nach Regel 66.3. Zu Form und Sprache der Änderungen, siehe Regeln 66.8 und 66.9.	Dazu:	Hinsichtlich einer zusätzlichen Möglichkeit zur Einreichung von Änderungen, siehe Regel 66.4. Hinsichtlich der Verpflichtung des Prüfers, Änderungen und/oder Gegenvorstellungen zu berücksichtigen, siehe Regel 66.4 bis. Hinsichtlich einer formlosen Erörterung mit dem Prüfer, siehe Regel 66.6.	Wird keine Stellungnahme eingereicht, so wird der internationale vorläufige Prüfungsbericht auf der Grundlage dieses Bescheides erstellt.	
Wann?	Siehe oben genannte Frist. Der Anmelder kann vor Ablauf dieser Frist bei der Behörde eine Verlängerung beantragen, siehe Regel 66.2 d).								
Wie?	Durch Einreichung einer schriftlichen Stellungnahme und gegebenenfalls von Änderungen nach Regel 66.3. Zu Form und Sprache der Änderungen, siehe Regeln 66.8 und 66.9.								
Dazu:	Hinsichtlich einer zusätzlichen Möglichkeit zur Einreichung von Änderungen, siehe Regel 66.4. Hinsichtlich der Verpflichtung des Prüfers, Änderungen und/oder Gegenvorstellungen zu berücksichtigen, siehe Regel 66.4 bis. Hinsichtlich einer formlosen Erörterung mit dem Prüfer, siehe Regel 66.6.								
Wird keine Stellungnahme eingereicht, so wird der internationale vorläufige Prüfungsbericht auf der Grundlage dieses Bescheides erstellt.									

Name und Postanschrift der mit der internationalen Prüfung beauftragten Behörde <hr/>  Europäisches Patentamt D-80298 München Tel. +49 89 2399 - 0 Tx: 523656 epmu d Fax: +49 89 2399 - 4465	Bevollmächtigter Bediensteter Lotz, K-D <hr/> Formalsachbearbeiter (einschl. Fristverlängerung) Hödl, S Tel. +49 89 2399-6074
--	---



SCHRIFTLICHER BESCHEID

Internationales Aktenzeichen

PCT/EP 03/09095

I. Grundlage des Bescheids

1. Hinsichtlich der **Bestandteile** der internationalen Anmeldung (*Ersatzblätter, die dem Anmeldeamt auf eine Aufforderung nach Artikel 14 hin vorgelegt wurden, gelten im Rahmen dieses Bescheids als "ursprünglich eingereicht"*):

Beschreibung, Seiten

1-5 in der ursprünglich eingereichten Fassung

Ansprüche, Nr.

1-6 in der ursprünglich eingereichten Fassung

Zeichnungen, Blätter

1/2-2/2 in der ursprünglich eingereichten Fassung

2. Hinsichtlich der **Sprache**: Alle vorstehend genannten Bestandteile standen der Behörde in der Sprache, in der die internationale Anmeldung eingereicht worden ist, zur Verfügung oder wurden in dieser eingereicht, sofern unter diesem Punkt nichts anderes angegeben ist.

Die Bestandteile standen der Behörde in der Sprache: zur Verfügung bzw. wurden in dieser Sprache eingereicht; dabei handelt es sich um

- die Sprache der Übersetzung, die für die Zwecke der internationalen Recherche eingereicht worden ist (nach Regel 23.1(b)).
 - die Veröffentlichungssprache der internationalen Anmeldung (nach Regel 48.3(b)).
 - die Sprache der Übersetzung, die für die Zwecke der internationalen vorläufigen Prüfung eingereicht worden ist (nach Regel 55.2 und/oder 55.3).

3. Hinsichtlich der in der internationalen Anmeldung offenbarten **Nucleotid- und/oder Aminosäuresequenz** ist die internationale vorläufige Prüfung auf der Grundlage des Sequenzprotokolls durchgeführt worden, das:

- in der internationalen Anmeldung in schriftlicher Form enthalten ist.
 - zusammen mit der internationalen Anmeldung in computerlesbarer Form eingereicht worden ist.
 - bei der Behörde nachträglich in schriftlicher Form eingereicht worden ist.
 - bei der Behörde nachträglich in computerlesbarer Form eingereicht worden ist.
 - Die Erklärung, daß das nachträglich eingereichte schriftliche Sequenzprotokoll nicht über den Offenbarungsgehalt der internationalen Anmeldung im Anmeldezeitpunkt hinausgeht, wurde vorgelegt.
 - Die Erklärung, daß die in computerlesbarer Form erfassten Informationen dem schriftlichen Sequenzprotokoll entsprechen, wurde vorgelegt.

4. Aufgrund der Änderungen sind folgende Unterlagen fortgefallen:

- Beschreibung, Seiten:
 - Ansprüche, Nr.:
 - Zeichnungen, Blatt:

5. Dieser Bescheid ist ohne Berücksichtigung (von einigen) der Änderungen erstellt worden, da diese aus den angegebenen Gründen nach Auffassung der Behörde über den Offenbarungsgehalt in der ursprünglich eingereichten Fassung hinausgehen (Regel 70.2(c)).

6. Etwaige zusätzliche Bemerkungen:

V. Begründete Feststellung nach Regel 66.2(a)(ii) hinsichtlich der Neuheit, der erfinderischen Tätigkeit und der gewerblichen Anwendbarkeit; Unterlagen und Erklärungen zur Stützung dieser Feststellung

1. Feststellung

Neuheit (N)	Ansprüche
Erfinderische Tätigkeit (IS)	Ansprüche 1-6
Gewerbliche Anwendbarkeit (IA)	Ansprüche

2. Unterlagen und Erklärungen:

siehe Beiblatt

In diesem Bescheid wird auf die folgenden Dokumente verwiesen:

D1: US 5 524 439 A D2: US 2001/035669 A1 D3: US 3 770 318 A
D4: DE 201 20 207 U D5: DE 198 05 173 C

Zu Punkt V

1. Unabhängiger Anspruch 1

- a) Das im internationalen Recherchenbericht genannte Dokument D1 (siehe insbesondere Figur 1) erscheint als **nächster Stand der Technik** eines Polsters nach dem gegenwärtigen Wortlaut des Anspruchs 1 und offenbart ein:

Polster für einen Fahrzeugsitz mit einem Polsterkern (18) aus Schaumstoff, und einer diesen überziehenden, luft- und feuchtedurchlässigen Deckschicht sowie im Polsterkern (18) voneinander beabstandete und zur Deckschicht hin offene Nuten (diese können Längs- oder Quernuten aufgefaßt werden) wobei den Polsterkern (18) in dessen gesamten Kerndicke durchdringende Kanäle ausgebildet sind, die ihrerseits in den Nuten und andererseits frei an der von diesen abgekehrten Außenseite des Polsterkerns (18) münden.

- b) Der einzige **Unterschied** des Anspruchs 1 gegenüber D1, ist lediglich die Definition von sich kreuzenden Längs- und Quernuten im besagten Polsterkern.
- c) Die sich daraus ergebende **objektive Aufgabe**, ist lediglich das Sitzklima weiter zu verbessern.
- d) Die **Lösung** der Aufgabe erscheint schon von **D1 ausgehend in Kombination mit D3 oder D4** als offensichtlich, wenn man berücksichtigt, daß dem Fachmann der Einfluß einer Vielzahl von miteinander in Längs- und Querrichtung miteinander kommunizierender Nuten zur Belüftung zwischen einem Polster und einer darauf befindlichen Person durchaus kennt. Zur Verbesserung ist es naheliegend daß er diese Konfiguration nun direkt für den gleichen Zweck und unverändert auf das Polster der D1 überträgt um auf sämtliche Merkmale des Anspruchs 1 zu gelangen.

Der Gegenstand des unabhängigen **Anspruchs 1** ist daher **nicht erforderlich** und erfüllt somit nicht die Voraussetzungen im Sinne von Artikel 33(3) PCT.

- e) Zusätzlich zum oben gesagten sei hier nur angemerkt, daß der gleiche Ansatz auch ausgehend von der **D2** (siehe z.B. Figur 2) in Kombination mit D3 oder D4 zuzutreffen scheint. D2 zeigt voneinander beabstandete Quernuten (3).

2. Abhängige Ansprüche 2 - 6

Die abhängigen Ansprüche 2 - 6 enthalten keine Merkmale, die in Kombination mit den Merkmalen irgendeines Anspruchs, auf den sie sich beziehen, die Erfordernisse des PCT in Bezug auf erforderliche Tätigkeit erfüllen. Die Gründe dafür sind die folgenden:

- a) Die zusätzlichen Merkmale des abhängigen **Anspruchs 2** sind bereits aus D3 oder D4, die zusätzlichen Merkmale des abhängigen **Anspruchs 3** aus D1 und die zusätzlichen Merkmale des abhängigen **Anspruchs 4** aus D1 oder D2 bekannt.
- b) Die abhängigen **Ansprüche 5 und 6** betreffen lediglich Merkmale, die im Rahmen dessen liegen, was ein Fachmann aufgrund der ihm geläufigen Überlegungen zu tun pflegt, zumal die damit erreichten Vorteile ohne weiteres abzusehen sind. Für sich bekannte in Polsterschäfte integrierte Miniaturlüfter sind ihm durch die D5 vorbekannt welche sich auch aus ihm bekannten allgemeinen Überlegungen zur Verwendung von kompakten, vollständigen Sitzmodulen ergeben, die nach dem Einbau direkt, also unabhängig von weiteren benötigten Einrichtungen sofort voll funktionstüchtig sind. Aus Luftströmungstechnischen Überlegungen heraus erfolgt dabei die Positionierung des mindestens einen, die gesamte Kerndicke des Polsterkerns durchdringenden Schachtes in Bezug auf die Nuten in Analogie zur Positionierung der Kanäle bezüglich der Nuten.
3. Anspruch 1 definiert bereits in den Längs- und Quernuten mündende Kanäle. Demnach können die Kanäle, um beide Bedingungen zu erfüllen, nur in den Kreuzungsbereichen von Längs- und Quernuten münden. Damit erscheint **Anspruch 2** als redundant.
4. **Anspruch 6** der sich auf **Anspruch 5** bezieht, definiert den Schacht im Kreuzungsbereich der Längs- und Quernuten und würde somit in Widerspruch zu Anspruch 5 stehen wenn dieser den Schacht nur in mindestens einer Längs-

oder Quernut definieren würde. Bei der Definition des Anspruchs 5 in mindestens einer Längs- und Quernut dagegen erscheint Anspruch 6 als redundant.

5. Im Widerspruch zu den Erfordernissen der **Regel 5.1 a) ii) PCT** werden in der Beschreibung weder der in den Dokumenten **D1 - D5** offenbare einschlägige Stand der Technik noch diese Dokumente angegeben.

6. Weiterer Verlauf des Verfahrens

- a) Gegenwärtig ist nicht erkennbar, welcher Teil der Anmeldung die Grundlage für einen neuen, gewährbaren Anspruch bilden könnte. Sollte der Anmelder dennoch einen einzelnen Gegenstand als patentfähig ansehen, sollte ein neuer Satz Ansprüche eingereicht werden, mit einem auf diesen Gegenstand gerichteten, unabhängigen Anspruch.
- b) Für diesem Fall sollte im Antwortschreiben einerseits der Unterschied zwischen dem Gegenstand des neuen Anspruchs und dem Stand der Technik und andererseits die Bedeutung dieses Unterschiedes angegeben werden. Dabei wäre zu berücksichtigen, daß die aus **D1** in Verbindung miteinander bekannten Merkmale in den Oberbegriff eines solchen Anspruchs aufgenommen werden sollten, damit dieser Regel 6.3(b) PCT entspricht.
- c) Weiterhin sollte dabei darauf geachtet werden, daß kein Sachverhalt hinzugefügt wird, der über den Inhalt der Anmeldung in der ursprünglich eingereichten Fassung hinausgeht (Artikel 34 (2) b) PCT). Bei durchgeführten Änderungen, unabhängig davon, ob es sich um Änderungen durch Hinzufügen, Ersetzen oder Streichen handelt, sollte hierbei zur Erleichterung der Prüfung im Hinblick auf diesen Artikel, vom Anmelder deutlich aufgezeigt und angeben werden, auf welche Stellen in der ursprünglich eingereichten Anmeldung sich diese Änderungen stützen (siehe auch Regel 66.8 a) PCT).

Gegebenenfalls könnten diese Angaben in handschriftlicher Form auf Kopien der betreffenden Teile der ursprünglichen Anmeldung erfolgen.